

Keine durchgreifende Entlastung für Unternehmen am Standort Deutschland

Ende vergangenen Jahres einigten sich Koalition und Opposition im Vermittlungsausschuss auf einen vielbeachteten Kompromiss zur Steuerreform, der in der Folge auch im Bundestag verabschiedet wurde. Für das laufende Jahr wirkt sich zudem das Auslaufen der befristeten Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes aus. Eine Analyse des ZEW zeigt indessen, dass sich entgegen den Erwartungen die steuerlichen Standortbedingungen in Deutschland nur geringfügig verbessern – lediglich der Personaleinsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte wird steuerlich deutlich entlastet.

Die bedeutsamsten im Jahr 2004 in Kraft tretenden Änderungen für Kapitalgesellschaften betreffen die Absenkung des Körperschaftsteuertarifs von 26,5 Prozent auf den bereits im Jahr 2002 geltenden Satz von 25 Prozent, die Ände-

Die Auswirkungen dieser Änderungen auf die Attraktivität des Steuerstandorts Deutschland für Unternehmen wurden mit dem European Tax Analyzer, einem vom ZEW und der Universität Mannheim entwickelten finanzplangestützten Ver-

der Gesamtebene, die die Steuerbelastung auf Unternehmens- und Anteilseignerebene umfasst, beträgt 1,9 Prozent. Im Jahr 2005 wirken sich die Steueränderungen nur beim Anteilseigner aus, weshalb sich lediglich eine weitere Steuerentlastung auf der Gesamtebene von 0,7 Prozent einstellt.

Steuerliche Entlastung der Unternehmen bei Hochqualifizierten

Neben der unmittelbaren Unternehmenssteuerbelastung ist für die steuerliche Standortattraktivität auch die Besteuerung des Personaleinsatzes von hoch qualifizierten Fach- und Führungskräften von Bedeutung. Die wichtigste Änderung in diesem Bereich ist die Senkung des Einkommensteuertarifs.

Der Vergleich mit dem vom ZEW berechneten IBC-Taxation Index zeigt, dass der Personaleinsatz von hoch qualifizierten Fach- und Führungskräften steuerlich

Steuerbelastungen im internationalen Vergleich

	Effektive Steuerbelastung der Unternehmens-ebene in €	Rang der Standortattraktivität	Steuerbelastung des Einsatzes hoch qualifizierter Arbeitskräfte in €	Rang der Standortattraktivität
FR	2.714.641	5	89.753	4
D 2003	2.208.715	4	90.840	5
USA	2.112.490	3	61.812	1
NL	1.742.439	2	75.131	3
GB	1.316.842	1	64.474	2
D 2004	2.145.987	4	81.488	4
D 2005			74.216	3

Anmerkung: Steuerbelastung für ein repräsentatives Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes über zehn Jahre. Belastung für den Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte bezogen auf den Standardfall eines Alleinstandenden mit verfügbarem Einkommen nach Steuern und Abgaben von 100.000 Euro. Quelle: ZEW und IBC Taxation Index

rungen bei der Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8a KStG), die Einführung eines pauschalen Betriebsausgabenabzugsverbots in Höhe von fünf Prozent auch für Dividenden und Veräußerungsgewinne aus inländischen Beteiligungen (§ 8b KStG Abs. 2-5) sowie die Abschaffung der so genannten Halbjahres-AfA.

anlagungsmodell, untersucht. Für ein repräsentatives Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ergibt sich nur eine geringe Senkung der Unternehmenssteuerbelastung um 1,3 Prozent. Werden die Anteilseigner mit in die Betrachtung einbezogen, so reduziert sich die Steuerbelastung weiter. Die Entlastung auf

IN DIESER AUSGABE

Keine durchgreifende Entlastung für Unternehmen am Standort Deutschland	1
ZEW intern: Leopoldina-Workshop	2
Jugendkult bei Ingenieuren	3
ZEW-Symposium: Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland ...	4
ZEW-Expertenseminare; Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

deutlich entlastet wird. Die Entlastung für das Jahr 2004 beträgt im Standardfall eines verfügbaren Einkommens von 100.000 Euro (Alleinstehender ohne Kinder) 5,7 Prozent. Bei der Hälfte dieses verfügbaren Einkommens liegt sie bei 4 Prozent und beim doppelten verfügbaren Einkommen bei 6,6 Prozent. Im Jahr 2005 kommt es dann noch einmal zu einer substantiellen Entlastung von 5,1 Prozent im Standardfall.

Auswirkung auf die Standortattraktivität im internationalen Vergleich

Unter den fünf mit dem European Tax Analyzer untersuchten Ländern hat Deutschland in Bezug auf die Unterneh-

mensbesteuerung auch nach Umsetzung der steuerlichen Entlastungen die zweithöchsten Belastungswerte hinter Frankreich und liegt noch über dem Belastungswert in den USA (siehe Tabelle auf Seite 1). Immerhin könnte von der Tatsache, dass der Körperschaftsteuersatz auf den Wert von 25 Prozent gesenkt wird, eine positive Signalwirkung ausgehen. Allerdings handelt es sich hier nur um die Rückkehr zu dem schon im Jahre 2002 gültigen Tarif.

Bezüglich der Steuer- und Abgabenbelastung auf den Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte zeigt sich eine Verbesserung. Unter den untersuchten Ländern hatte Deutschland im Jahr 2003 noch die höchste Belastung. Nach dem ermittelten

Belastungswert hatte ein Arbeitgeber am Standort Deutschland 2003 für den Einsatz eines Hochqualifizierten mit verfügbarem Einkommen von 100.000 Euro zusätzlich Steuern und Abgaben in Höhe von rund 90.000 Euro zu leisten (siehe Tabelle). Durch die beschlossenen Änderungen sinkt die Belastung deutlich, um mehr als 15.000 Euro. Entsprechend würde Deutschland bei gleichen Bedingungen in den Vergleichsländern durch die Steueränderungen in 2004 um einen Platz nach vorne vor Frankreich und in 2005 noch um einen weiteren Platz vor die Niederlande rücken.

*PD Dr. Thiess Büttner, buettner@zew.de
Christina Elschner, elschner@zew.de
Thorsten Stetter, stetter@zew.de*

ZEW INTERN

Leopoldina-Workshop am ZEW

Am 5. und 6. Februar 2004 fand im ZEW der erste Workshop der neu gegründeten Sektion „Ökonomik und Empirische Sozialwissenschaften“ der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina statt. ZEW-Präsident Wolfgang Franz ist Obmann dieser Sektion und Senator der Leopoldina.

Franz konnte eine Reihe von Ökonomen und Sozialwissenschaftlern begrüßen, die bei diesem Workshop aus ihren jeweiligen wissenschaftlichen Arbeitsgebieten berichteten. Dabei ging es um so unterschiedliche Themen wie etwa um den Anstieg der Scheidungsraten (Hartmut Esser, Mannheim), um Erwartungs-

bildung und Handelsvolumen auf den Finanzmärkten (Martin Weber, Mannheim) und um Untersuchungen zum Ringtausch auf verschiedenen Inseln in Polynesien (Rolf Ziegler, Feldafing). Axel Börsch-Supan, Mannheim, berichtete über gesamtwirtschaftliche Folgen des demographischen Wandels, Klaus F. Zimmermann, Berlin und Bonn, über zirkuläre Rückkehrmigration aus Deutschland und Andreas Diekmann, Zürich, über Datenfälschung in den Sozialwissenschaften. Manfred J. M. Neumann, Bonn, sprach über den Zusammenhang zwischen Inflation und Geldmenge und Jürgen von Hagen, Bonn, über Determinanten von Banken Krisen. Angesichts dieser Themenvielfalt fand eine rege Diskussion der Beiträge statt, deren verbindendes Element die Analyse mit Hilfe empirischer Methoden in der Ökonomie und in den Sozialwissenschaften ist.

Der nächste Workshop der Leopoldinasektion „Ökonomik und Empirische Sozialwissenschaften“ wird zu Beginn des kommenden Jahres wiederum am ZEW in Mannheim stattfinden.

*Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz,
franz@zew.de*



Die Teilnehmer des ersten Workshops der neuen Leopoldinasektion „Ökonomik und Empirische Sozialwissenschaften“

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Jugendkult bei Ingenieuren

Selbst in konjunkturschwachen Zeiten versuchen viele deutsche Unternehmen vergeblich, ihre vakanten Stellen für Ingenieure zu besetzen. Als Reaktion erhöhen fast alle ihre Anstrengungen um junge Hochschulabsolventen. Arbeitslose, ältere, ausländische oder weibliche Ingenieure werden hingegen kaum umworben.

Eine aktuelle Untersuchung des ZEW in Zusammenarbeit mit den VDI Nachrichten bei rund 330 Betrieben aus allen Branchen zeigt, dass selbst in der derzeitigen konjunkturschwachen Phase 42 Prozent der Unternehmen mit Rekrutierungsbedarf Probleme haben, offene Positionen für Ingenieure zu besetzen. In konjunkturstarke Zeiten – wie Ende der 1990er Jahre – hatten sogar 64 Prozent der befragten Betriebe Schwierigkeiten mit der Besetzung offener Stellen für Ingenieure. Geeignete Mitarbeiter fehlen vor allem in der Forschung und Entwicklung und in der Konstruktion. Als Folge des aktuellen Rekrutierungsproblems können fast 40 Prozent der Unternehmen ihre offenen Positionen nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung besetzen. In einem Fünftel der Betriebe werden weniger geeignete Bewerber eingestellt, und 16 Prozent der Unternehmen besetzen diese offenen Stellen gar nicht.

Unternehmen befürchten Ingenieurmangel für die kommenden Jahre

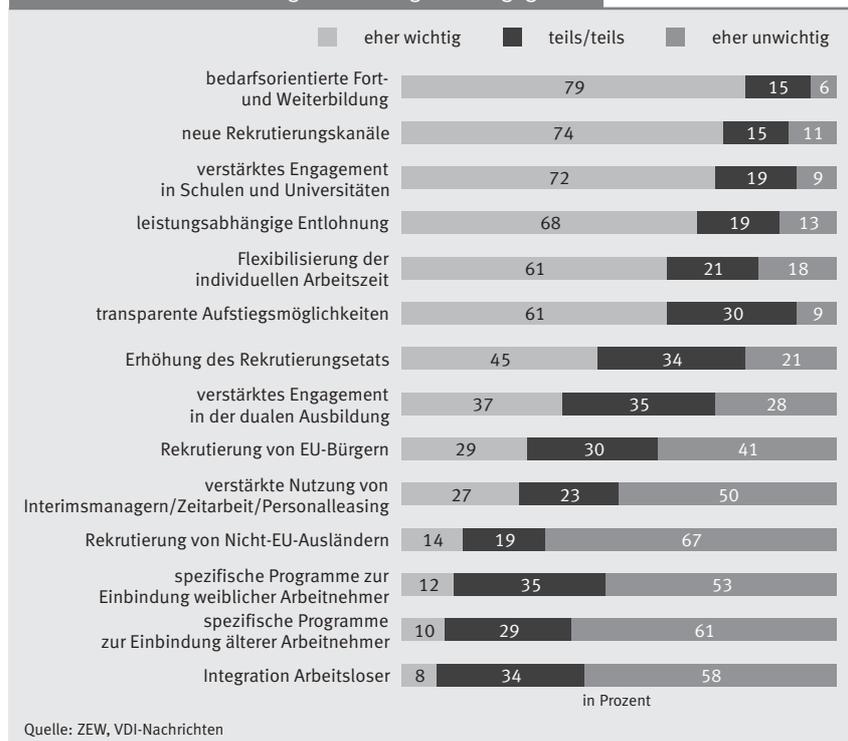
Mehr als vier Fünftel der befragten Unternehmen erwarten einen deutlichen Ingenieurmangel in Deutschland in den nächsten fünf bis zehn Jahren, vor allem in der Elektrotechnik und in der Elektronik. Zu jeweils mehr als drei Vierteln befürchten die Unternehmen, die künftig mit einem Mangel an Ingenieuren rechnen, dass sich deshalb ihre Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern wird und Innovationsprozesse ins Stocken geraten. Zwei Drittel dieser Unternehmen erwarten, dass die zunehmende Knappheit an Ingenieuren zu höheren Gehältern führen wird.

Bereits jetzt reagieren die Betriebe auf Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen für Ingenieure mit Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung und verstärktem Personalmarketing für junge Ingenieure. Eine große Rolle spielen hierbei die bedarfsorientierte Fort- und Weiterbildung, Rekrutierung über das Internet und weitere neue Kommunikationskanäle sowie das verstärkte Engagement in Schulen und Universitäten.

bleme bei der Stellenbesetzung haben, die Qualifikation der Arbeitslosen.

Auch künftig wird sich an dieser Prioritätensetzung der Personalpolitik den Antworten zufolge wenig ändern. Mit 90 Prozent wollen fast alle Betriebe, die künftig mit einem Ingenieurmangel rechnen, diesem mit verstärkten Rekrutierungsanstrengungen begegnen. Die verbesserte Bindung von Mitarbeitern an den Betrieb wird von 84 Prozent als künf-

Wie versuchen Sie dem Ingenieurmangel zu begegnen?



Diese Maßnahmen sehen etwa drei Viertel der Unternehmen als wichtig oder sehr wichtig an. Dagegen ist der Stellenwert, den die Beschäftigung von weiblichen, älteren und arbeitslosen sowie ausländischen Ingenieuren in deutschen Betrieben hat, nur gering. Spezifische Programme zur Einbindung dieser offensichtlich als Randgruppen betrachteten Arbeitnehmer werden von jeweils weniger als 15 Prozent der Betriebe als wichtig angesehen. Bemängelt wird von 47 Prozent der Betriebe, die derzeit Pro-

tige Strategie genannt. Nur 36 Prozent wollen gezielt den Umfang der Frühverrentung vermindern und 23 Prozent spezifische Programme für ältere Arbeitnehmer einsetzen, um ihre älteren Ingenieure länger im Berufsleben zu halten. 92 Prozent der Betriebe appellieren an die Politik, stärker für das Ingenieurstudium zu werben, und 80 Prozent fordern, praxisnahe Studiengänge einzuführen.

Dr. Bernhard Boockmann,
boockmann@zew.de

Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland

Anlässlich des 60. Geburtstags von ZEW-Präsident Wolfgang Franz veranstaltete das ZEW gemeinsam mit Franz' Schülern am 16. Januar 2004 ein wissenschaftliches Symposium. Da sich Franz im Rahmen seiner Tätigkeit in vielfältiger Weise mit den Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland auseinandergesetzt und immer wieder wichtige Beiträge zur Diskussion in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft geleistet hat, lag es nahe, dieses Thema zum Gegenstand des Symposiums zu machen.

Zum Auftakt der Veranstaltung begrüßte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des ZEW, Friedrich Buttler, International Labour Office (ILO), die Anwesenden, dankte den Organisatoren und sprach ZEW-Präsident Wolfgang Franz seine Glückwünsche aus.

Den Vortragsreigen eröffnete Peter

Prinzip des Privateigentums. Auch auf Hochschulen ließen sich die Prinzipien der Kombination von Produktionsfaktoren, der Wirtschaftlichkeit und des finanziellen Gleichgewichts anwenden. Das Autonomieprinzip gelte für Hochschulen dagegen nur bedingt, da der Staat und nicht die Universitäten die Verantwor-

die mit der Globalisierung verbunden sind. Er warnte davor, die Globalisierung, die Fremden und das Fremde zu verteufeln. Aus ökonomischer Sicht bedeute Globalisierung, Märkte über nationale Grenzen hinaus auf die ganze Welt auszudehnen und so die Ressourcen am effizientesten einzusetzen. Es profitierten vor allem die Länder, die sichere politische und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen hätten. Issing zeigte sich überzeugt von der wohlfahrtsfördernden Wirkung der Globalisierung.

Der Widerstand der Globalisierungsgegner ist nach Ansicht Issings nicht verwunderlich, denn es würden im Prozess der Globalisierung überlieferte Strukturen zerstört und alte Institutionen verdrängt. Daher würden sich die Verlierer dieses Prozesses gegen die von ihm ausgelösten Änderungen stemmen. Issing merkte an, dass Globalisierungsgegner häufig Argumente vorbrächten, die gegen die Gesetze von Ökonomie und Markt gerichtet seien. In einem Umfeld von Verunsicherung würden diese Argumente auf fruchtbaren Boden fallen. Die Ökonomen müssten sich daher in die Debatte einbringen.

An ein Grußwort von Hans-Wolfgang Arndt, Rektor der Universität Mannheim, in dem er unter anderem die Hoffnung zum Ausdruck brachte, dass die Zusammenarbeit zwischen ZEW und Universität weiterhin so reibungslos und erfolgreich verlaufen möge wie bisher, schloss sich die Laudatio von Rolf Peffekoven, Universität Mainz, an. Im Mittelpunkt seiner Rede stand die Person des Jubilars und insbesondere die gemeinsame Tätigkeit beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Peffekoven würdigte aber auch die Arbeit Franz' als ZEW-Präsident. Es sei ihm gelungen, hoch qualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ans ZEW zu holen und das ZEW in der nationalen und interna-



Von links: Peter Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Baden-Württemberg, ZEW-Präsident Wolfgang Franz, Otmar Issing, EZB, Ernst-O. Schulze, Kaufmännischer Direktor des ZEW.

Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg. Er arbeitete die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Unternehmen und Universitäten heraus. Dabei orientierte er sich am Gutenberg'schen Begriff des Unternehmens, gekennzeichnet durch das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, die Kombination von Produktionsfaktoren, das finanzielle Gleichgewicht, das Autonomieprinzip, das erwerbswirtschaftliche Prinzip und das

tung für die sachgerechte Mittelverwendung habe. Frankenberg sagte, Spitzenuniversitäten könne es nur in einem Wettbewerbsmarkt geben, und dazu bedürfe es der Freiheit der Hochschulen im unternehmerischen Sinne.

Issing zu Globalisierung

Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, thematisierte die Ängste und Hoffnungen,

tionalen Forschungslandschaft gut zu positionieren. Nun komme es darauf an, die Position des ZEWs im Wettbewerb mit anderen Instituten auszubauen. Damit dies gelinge, wünschte Peffekoven Franz weiterhin gute Gesundheit und Schaffenskraft.

Im zweiten Teil des Symposiums stellen Franz' Schüler und Wissenschaftler des ZEWs ausgewählte Forschungsergebnisse vor. Peter Winker, Universität Erfurt, und Bernd Fitzenberger, Universität Mannheim, überreichten Franz ein Memorandum in Form eines Buches, in dem unter anderem auch diese Vorträge des Symposiums gesammelt sind.

Ursachen der Probleme in Ostdeutschland

Werner Smolny, Universität Ulm, sprach über Parallelen zwischen dem Wiederaufbau in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg und der Situation nach der deutschen Vereinigung. Die Lage in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg sei gekennzeichnet gewesen durch zerstörte Produktionsanlagen und Arbeitslosigkeit. Es seien aber schnell politische Stabilität und eine Wirtschaftsordnung, die auf Wettbewerb setzte, geschaffen worden. Auch im Fall der deutschen Vereinigung habe es einen Einbruch bei Produktion und Beschäftigung gegeben, und auch hier seien die Rahmenbedingungen für einen Aufschwung schnell geschaffen worden. Im Gegensatz zum Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg sei der Aufholprozess in Ostdeutschland aber Mitte der 1990er Jahre abgeflacht. Hinzu komme die Massenarbeitslosigkeit. Smolny machte die starken Eingriffe der Politik in Ostdeutschland dafür verantwortlich, dass dort der Aufholprozess zum Stillstand gekommen sei. So sei insbesondere das soziale Netz in Ostdeutschland zu schnell in einem Umfang aufgebaut worden, dem die Produktivität in keiner Weise entsprochen habe.

Arbeitsmarkteffekte der EU-Osterweiterung

Thiess Büttner, ZEW, beschäftigte sich mit den Arbeitsmarktbedingungen in westdeutschen Grenzregionen vor und nach der deutschen Vereinigung

und ging der Frage nach, ob ähnliche Entwicklungen auch für die regionalen deutschen Arbeitsmärkte an der polnischen und tschechischen Grenze nach der EU-Osterweiterung zu erwarten sind. Die empirische Überprüfung von Paneldaten zu 327 Kreisen und kreisfreien Städten, 20 von ihnen an der innerdeutschen Grenze, hätten ergeben, dass ab 1990 trotz einer zeitweiligen Ausweitung der Gesamtbeschäftigung die Arbeitslosenquote in Grenzregionen signifikant höher gewesen sei als im restlichen Westdeutschland. Die Löhne in diesen Randgebieten seien nach der Grenzöffnung statistisch signifikant gesunken. Eine ähnliche Entwicklung sei nach der EU-Osterweiterung somit auch in den regionalen deutschen Arbeitsmärkten nahe der polnischen und der tschechischen Grenze zu erwarten.

Unvollständige Finanzmarktintegration

Friedrich Heinemann, ZEW, befasste sich mit dem Zusammenhang zwischen Finanzmarktintegration und der Standortdebatte in Deutschland. Die Reformdebatte in Deutschland sei binnenmarktorientiert, die Finanzmärkte in Europa trotz des Euros bei Weitem noch nicht integriert. Auch sei bisher versäumt worden, die nationalen Aufsichtsstrukturen an das europäische Systemrisiko anzupassen. Heinemann plädierte für eine aktive Integrationspolitik, die nicht nur die Integration der Märkte vorantreibe, sondern auch für eine entsprechende Anpassung der Aufsichtsstrukturen Sorge.

Kooperation von kmU bei Innovationen

Volker Zimmermann von der Kreditanstalt für Wiederaufbau beschäftigte sich mit der Frage, welche Faktoren ausschlaggebend dafür sind, dass kleine und mittlere Unternehmen (kmU) bei Innovationen kooperieren. Die Vorteile solcher Kooperationen lägen auf der Hand: Die Unternehmen erhielten Zugang zu externem Wissen, Risiko und Kosten würden auf mehrere Unternehmen verteilt. Allerdings behinderten verschiedene Faktoren die Kooperationen bei Innovationen. Hierzu zähle beispielsweise, dass die Anbahnung und Durchführung

mit Kosten verbunden seien und in einigen kmU die Fähigkeit fehle, externes Wissen in das eigene Unternehmen einzubinden.

Unternehmensdaten aus Spezialprogrammen der KfW zur Innovationsförderung von 1999 bis 2003 zeigten, so Zimmermann, dass der Anteil der Innovationsprojekte, bei denen kmU kooperieren, bei 60 Prozent liege. Unternehmen, die kleiner als ihre Konkurrenten seien, kooperierten häufiger bei Innovationen, ebenso Unternehmen, die in der Vergangenheit eigene Forschung und Entwicklung betrieben hätten. Auch mit zunehmender Größe des Innovationsprojekts steige die Wahrscheinlichkeit, dass kmU kooperierten.

Frauen als Führungskraft

Jennifer Hunt von der Universität Montreal ging der Frage nach, warum es in Deutschland nur wenige weibliche Führungskräfte in den Unternehmen gibt. Für eine Gesellschaft sei es wichtig, das Humankapital aller Bürgerinnen und Bürger zu nutzen. Beziehe man die Frauen nicht ein, bleibe ein großes Potenzial an Humankapital ungenutzt.

Mitarbeiter weiblicher Vorgesetzter seien in Deutschland schlechter qualifiziert und würden schlechter bezahlt als Mitarbeiter männlicher Vorgesetzter. Regressionsergebnisse zeigten, dass Diskriminierung hier durchaus eine Rolle spiele. Es könne aber auch sein, dass Mitarbeiter mit gleichgeschlechtlichen Vorgesetzten generell produktiver seien. Unabhängig davon, welche der beiden Erklärungen zutrefte, wirke sich die geringe Zahl weiblicher Vorgesetzter zum Nachteil der Frauen aus. Zum einen seien ihre Einkommen im Schnitt geringer, da sie nicht so häufig Vorgesetzte seien, zum anderen erlitten weibliche Mitarbeiter Lohnneinbußen, wenn sie für männliche Vorgesetzte arbeiteten.

Ansatzpunkte, um diese Nachteile für Frauen zu mindern, sah Hunt beispielsweise in einer besseren Kinderbetreuung, die es Frauen ermögliche, besser im Arbeitsleben integriert zu bleiben. Auch die gezielte Förderung von Frauen bei ihrer Ausbildung und beim Einstieg in technische Berufe sei ein Weg, um die Zahl weiblicher Führungskräfte zu steigern.

Katrin Voß, voss@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 1. 4. 2004 Makroökonomie II: Zeitverändernde Verfahren
- 19. 4. 2004 Mikroökonomie II: Analyse von Paneldaten (Panelschätzungen am PC)
- 22. 4. 2004 Handlungsoptionen im liberalisierten Elektrizitätsmarkt: Marktstrukturen, Beschaffungsoptimierung, Risikomanagement
- 26./27. 4. 2004 Minimierung von Personalkosten: Personalabbau, Befristung, Teilzeit, Altersteilzeit, Kurzarbeit, weitere Einsparungsmöglichkeiten
- 29./30. 4. 2004 Finanzmarkt-Ökonometrie: Analyse und Prognose von Finanzmärkten, Teil 2: Fortgeschrittene
- 3. 5. 2004 Kreditderivate und strukturierte Produkte/ Asset Backed Securities
- 5. 5. 2004 Internet-Umfragen
- 10./11. 5. 2004 Präsentationen individuell gestalten
- 12. - 14. 5. 2004 Modellierung von technischem Wandel: Theorie und Anwendungen in der Energie- und Umweltpolitik. Economic Modeling Workshop (EMW) 2004
- 13./14. 5. 2004 Mikroökonomie I: Grundlagen und Evaluationsmethoden (Berlin, Hotel Berlin)
- 17. 5. 2004 Internationalisierung der Rechnungslegung in Deutschland
- 18. 6. 2004 Wettbewerbsanalyse
- 28./29. 6. 2004 Moderation von Besprechungen, Diskussionen und Projektgruppen

ZEW DISCUSSION PAPERS

- No. 04-12, Arnold, Jens Matthias; Husinger, Katrin: Export Behavior and Firm Productivity in German Manufacturing – A Firm-Level Analysis.
- No. 04-13, Pfeiffer, Friedhelm: Ausmaß und Konsequenzen von Lohnrigiditäten.
- No. 04-16, Tykvová, Tereza: Who Are the True Venture Capitalists in Germany?
- No. 04-17, Entorf, Horst; Minoiu, Nicoleta: What a Difference Immigration Law Makes: PISA Results, Migration Background and Social Mobility in Europe and Traditional Countries of Immigration.
- No. 04-18, Büttner, Thiess; Schwager, Robert; Stegarescu, Dan: Agglomeration, Population Size, and the Cost of Providing Public Services: An Empirical Analysis for German States.
- No. 04-19, Lüders, Erik; Schröder, Michael: Modeling Asset Returns: A Comparison of Theoretical and Empirical Models.
- No. 04-20, Boeters, Stefan; Feil, Michael; Gürtzgen, Nicole: Discrete Working Time Choice in an Applied General Equilibrium Model.

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Bernd Fitzenberger / Gaby Wunderlich
Holen die Frauen auf? Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktbeteiligung und Verdienstenwicklung in Deutschland und Großbritannien

In dieser Studie wird für Westdeutschland und Großbritannien empirisch untersucht, ob sich die Erwerbsbeteiligung und die Verdienste von Frauen und Männern im Zeitraum zwischen 1975 und 1995 angeglichen haben. Dabei berücksichtigen die Autoren, dass sich sowohl die Arbeitsmärkte Deutschlands und Großbritanniens als auch die staatliche Politik in beiden Ländern unterschiedlich entwickelt haben. Die empirische Analyse basiert auf umfangreichen Individualdatensätzen für beide Länder und verwendet innovative ökonomische Methoden.

ZEW-Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 69, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2004, ISBN 3-8329-0530-8

Claudia Stirböck

EU-Integration und regionale Spezialisierung: Eine empirische Analyse sektoraler Investitionsmuster

Im vorliegenden Band wird die Spezialisierung der EU-Regionen sowohl deskriptiv als auch ökonomisch unter Verwendung modernster Verfahren wie Spatial Econometrics untersucht. Der Fokus liegt auf der Investitions-Spezialisierung, da Kapital in der EU der mobilere Produktionsfaktor ist. Zusätzlich werden Analysen für die Beschäftigungs-Spezialisierung durchgeführt.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 70, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2004, ISBN 3-8329-0450-6

Dirk Engel

Venture Capital für junge Unternehmen

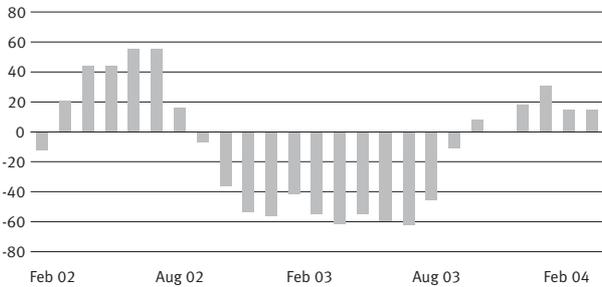
Die Kapitalversorgung junger, innovativer Unternehmen mit hohem Wachstumspotenzial hat sich im vergangenen

Jahrzehnt verbessert. Dazu hat der weltweite Anstieg der Investitionsaktivitäten von Venture-Capital-Gesellschaften maßgeblich beigetragen. Eine Finanzierung mit Venture Capital (VC) erhöht die Wahrscheinlichkeit für die erfolgreiche Umsetzung einer Geschäftsidee. Davon profitieren sowohl die VC-finanzierten Unternehmen als auch die Abnehmer der neuen Produkte und Dienstleistungen. Die empirische Arbeit beschäftigt sich mit den Einflussfaktoren von VC-Aktivitäten und untersucht die Auswirkungen von VC auf die unternehmerische Entwicklung. Die Einflussfaktoren werden auf zwei verschiedenen Untersuchungsebenen analysiert: erstens die VC-Aktivitäten in den Ländern Europas, zweitens die VC-Aktivitäten in den deutschen Stadt- und Landkreisen.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 71, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2004, ISBN 3-8329-0509-X

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Februar

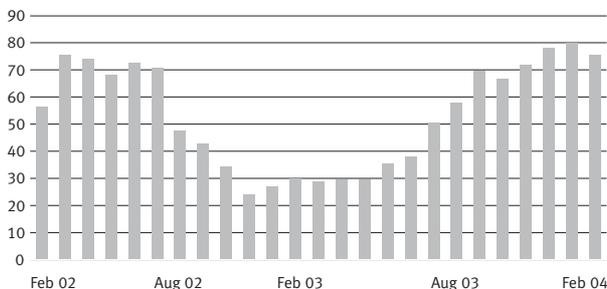


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Geldmarktzinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Zinserwartungen werden einheitlicher

Die Erwartungen für die mittelfristige Zinsentwicklung im Euroraum werden homogener. Fast drei Viertel der Experten erwarten konstante, nur noch ein gutes Fünftel steigende Leitzinsen auf Halbjahresfrist. Im deutlichen Gegensatz dazu steht die Einschätzung der Langfristzinsen: Hier erwarten nahezu unverändert 68,7 Prozent der Analysten ein steigendes Niveau, nur ein gutes Viertel geht von gleich bleibenden Langfristzinsen aus. Insgesamt ergibt sich daraus das für den Aufschwung typische Bild einer steiler werdenden Zinsstrukturkurve.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de



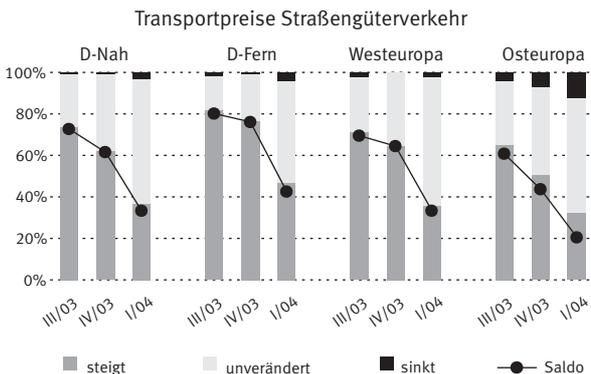
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Skepsis unter Analysten steigt

Aus Sicht der Experten haben sich im Februar die Konjunkturerwartungen für den Euroraum merklich eingetrübt. Der Saldo der Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten sinkt von 80,1 auf 75,6 Punkte. Ein wichtiger Grund für diesen Rückgang dürfte die dauerhafte Stärke des Euro sein, der jüngst wieder sein Allzeithoch von 1,29 US-Dollar pro Euro erreichte. Die neuesten Zahlen exportorientierter Unternehmen, insbesondere der Automobilhersteller, zeigen, dass die Euro-Stärke den Gewinn deutlich belasten kann.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Viele Experten rechnen trotz Verschiebung der Maut mit steigenden Preisen

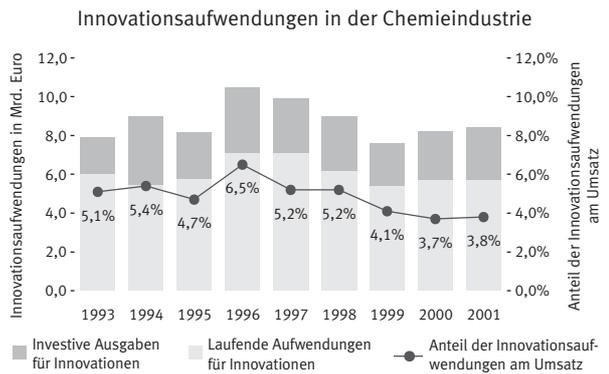


Quelle: ZEW

Die LKW-Maut kommt 2004 nicht mehr, und auch die Eurovigette wird im kommenden halben Jahr in Deutschland nicht eingeführt. Schon im vierten Quartal 2003 waren die Experten des GLS TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW in ihren Preiserwartungen zurückhaltender. Dies bestätigt sich nach der ersten Umfragerunde 2004: Die Trendlinie ist in allen Teilmärkten zurückgegangen. Dennoch ist der Saldo aus steigenden und sinkenden Einschätzungen positiv. Vermutlich rechnen nur wenige Experten damit, dass sich die geringeren Kosten auf die Preise auswirken.

Dr. Jörg Breitscheidel, breitscheidel@zew.de

Chemische Industrie: Innovationsaufwendungen steigen weiter



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Befragung 2002

Die deutsche Chemieindustrie gehört mit einem Innovatorenanteil von 70 Prozent zu den innovativsten Branchen. Mit Innovationsaufwendungen in Höhe von 8,4 Milliarden Euro steuerte die Branche 2001 etwa 13 Prozent zu den gesamten Aufwendungen des verarbeitenden Gewerbes bei (61 Milliarden Euro). Für 2003, das der Verband der chemischen Industrie zum „Jahr der Chemie“ ernannt hat, planen die Unternehmen mit weiter steigenden Innovationsbudgets. Erstmals seit 1996 ist 2001 der Anteil der Innovationsaufwendungen am Umsatz wieder gestiegen, von 3,7 Prozent auf 3,8 Prozent.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

STANDPUNKT



Chefökonom Mankiw

Wie leicht ein Wissenschaftler auf dem Parkett der wirtschaftspolitischen Beratung ausrutschen kann, musste dem Vernehmen nach unlängst Gregory Mankiw, Chefökonom des Präsidenten der Vereinigten Staaten, bitter erfahren. Nach Presseberichten hatte Mankiw darauf aufmerksam gemacht, dass die Abwanderung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer den heimischen Verbrauchern nütze. Daraufhin gingen die Wogen im Vorfeld des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes hoch. Mankiw musste sich entschuldigen.

Für sich genommen ist die Aussage Mankiws unbestritten, jedoch unterließ es der Unglücksrabe, sie unmittelbar in einen beschäftigungspolitischen Kontext zu stellen. Mankiw müsste eigentlich bekannt sein, wie gern die Medien selbst aus einem zusammenhängenden Text einen einzigen, ihrer Ansicht nach griffigen Satz zitieren, womit dann häufig Fehlschlüsse verbunden sein können. Wie also hätte die Bemerkung tunlichst formuliert werden müssen?

Zur Beantwortung dieser Frage sind einige Vorüberlegungen erforderlich. Zunächst: Der internationale Handel bringt insgesamt betrachtet für die beteiligten Länder erhebliche Vorteile mit sich, unbeschadet der Tatsache, dass es in diesem Zusammenhang auch und zunächst Verlierer geben kann. Wenn sich die einzelnen Länder auf die Produktion der Güter spezialisieren, bei denen sie im Vergleich zu den anderen Ländern absolute oder komparative Kostenvorteile aufweisen, und anschließend Handel miteinander treiben, dann geht dies mit einem geringeren Preisniveau und mit einer höheren Güterversorgung im Vergleich zu einer Situation ohne internationalen Handel einher. Sodann: Im Zuge der Ausweitung des internationalen Handels entstehen in den von der internationalen Spezialisierung bevorzugten Branchen eines Landes neue Arbeitsplätze, während in demselben Land auch Arbeitsplätze in den Sektoren verloren gehen, die der Spezialisierung zum Opfer fallen. Die Herausforderung für einen Wirtschaftsstandort besteht

darin, diesen sektoralen Strukturwandel zu bewältigen. Des Weiteren: In Deutschland sind davon vornehmlich, aber beileibe nicht ausschließlich gering qualifizierte Arbeitnehmer betroffen. Was sie herstellen könnten, wird anderswo zu einem Bruchteil der hiesigen Kosten (Löhne, Steuern, etc.) produziert. Mit diesen Schwierigkeiten steht Deutschland nicht allein, gering qualifizierte Arbeitskräfte gibt es überall. Aber andere Länder haben sich dieses Problems erfolgreicher bemächtigt. Schließlich: Diese Überlegungen gelten vordergründig nur für handelbare Güter und Dienstleistungen, aber niemand sollte sich in Sicherheit wiegen, weil seine Produkte nicht transportfähig sind. Dann wandern eben die Arbeitskräfte, wovon unter anderem die Bauindustrie hierzulande Zeugnis ablegen kann, und/oder die Konsumenten, wovon die Friseure in Frankfurt an der Oder ein Lied singen können.

Vor diesem Hintergrund hätte die obige Aussage also in etwa lauten müssen: „Es kommt darauf an, die immensen Vorteile des internationalen Handels für die Verbraucher zu vergrößern und gleichzeitig für Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitsplatzverlierer soweit wie möglich Sorge zu tragen.“ Sicherlich provoziert dies die nächste Frage, nämlich wie eine solche Strategie aussehen könnte. Protektionismus wäre auf jeden Fall die falsche Antwort, bestenfalls kann man sich mit Hilfe von Anpassungsfristen – wie beispielsweise im Rahmen der Freizügigkeitsregelungen für Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern zur Europäischen Union – etwas Zeit kaufen, um die notwendigen Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf eine berufliche und regionale Mobilität und eine beschäftigungsfreundliche Lohn(struktur)-politik zu unterstützen. Eine breit angelegte berufliche Qualifikation stellt immer noch die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit dar. So bitter es aber auch sein mag: Nicht wirklich jeder, der seinen Arbeitsplatz verliert, wird wieder einen erhalten. Hier ist dann die Sozialpolitik gefordert.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004